



Liebe Leserinnen und Leser,

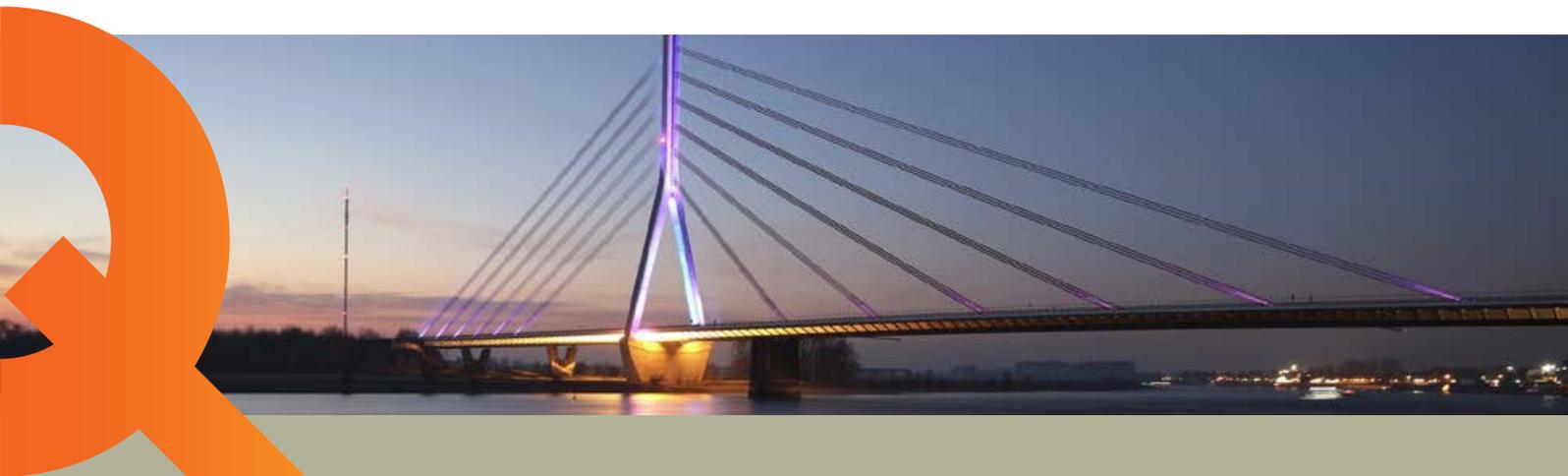
es waren die zwei guten Nachrichten dieser Woche: Eine gab es von unserem Ministerpräsidenten Armin Laschet auf der Pressekonferenz nach der virtuellen Sitzung der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit Kanzlerin Angela Merkel. Das exponentielle Wachstum der Infektionszahlen ist offensichtlich gebremst. Die Maßnahmen des Teilshuttdown scheinen zu wirken. Dazu erreichte uns schon vor ein paar Tage eine weitere gute Nachricht aus dem Hause Biontec, dass die Entwicklung eines Impfstoffes weit fortgeschritten sei. Es gab jedoch auch ein großes „Aber“: Die Lage ist weiterhin ernst. Es wird der härteste Winter, den wir seit Jahrzehnten erlebt haben. Ich bin mir jedoch absolut sicher, dass bessere Zeiten vor uns liegen. Wir arbeiten mit Hochdruck daran, dass wir im kommenden Jahr wieder langsam zu einer Normalität zurückkommen können. Der Weg ist noch weit, aber wir sehen Licht am Ende des Tunnels.

Ziemlich fassungslos macht mich seit Wochen das Verhalten der Sozialdemokraten in NRW. Statt eine kritisch-konstruktive Oppositionspolitik zu betreiben, die für eine Demokratie unerlässlich ist, mutiert die SPD um ihren Fraktionsvorsitzenden Thomas Kutschaty immer mehr zur einer „Krawall-Partei“, der wichtiger ist, mit maßloser Kritik Aufmerksamkeit zu erhaschen als an Lösungen mitzuarbeiten. „In der Krise beweist sich der Charakter!“ Von wem stammt dieses Zitat noch gleich? Richtig: Helmut Schmidt! Sozialdemokraten solcher Coleur gibt es in Nordrhein-Westfalen offenbar nicht mehr. Stattdessen toben und schreien Abgeordnete wie Frank Sundermann am Rednerpult und beschuldigen die Landesregierung, die gerade über die Wirtschaftshilfen für Hunderttausende Menschen in NRW berichtet, ein Ablenkungsmanöver zu fahren, um nicht über die Schulpolitik reden zu müssen – was übrigens ausführlich wenig später am gleichen Tag geschah. Vielleicht bahnt sich hier entweder der Corona-Druck einen Weg, oder es ist der Frust über die verheerenden Umfragewerte. Wer weiß?

Riesig gefreut habe ich mich jedenfalls über die Wahl zur stellvertretenden Kreisvorsitzenden gemeinsam mit Matthias Broeckmann und Sebastian Hense im Oktober. Das werden zwei weitere Jahre in einem tollen Vorstandsteam rund um unsere Kreisvorsitzende Sabine Weiss. Abschließend erwähnen möchte ich noch kurz meine Rede im Landtag zum Thema der „Verschickungskinder“. Die NRW-Landesregierung und wir als NRW-Koalition unterstützen ausdrücklich den Wunsch der ehemaligen Betroffenen nach Aufarbeitung der damaligen Vorkommnisse rund um die Demütigung und Gewalt gegen Kinder in Kinderheilstalten. Das Interesse an diesem Thema ist groß. Erst kürzlich habe ich im Auftrag der CDU-Landtagsfraktion Interviews mit der Zeit, 1Live, dem WDR und dem Deutschlandfunk geführt.

Nun wünsche ich Ihnen und Euch trotz der Pandemie einen besinnlichen Novemberausklang, schöne Stunden im nahenden Advent und ganz viel Gesundheit.

Ihre und Eure Charlotte Quik



# Die kommunale Familie in NRW erhält mit 13,6 Milliarden Euro die höchste Zuweisung aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz, die es jemals gegeben hat

Das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen hat die Modellrechnung für das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2021 veröffentlicht. Insgesamt erhält die kommunale Familie in Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2021 mit rund 13,6 Milliarden Euro die höchste Zuweisung, die es in Nordrhein-Westfalen jemals gegeben hat. Damit stehen den Kommunen im Jahr 2021 rund 943 Mio. Euro mehr zur Verfügung, als dies nach den regulären Berechnungen des Gemeindefinanzierungsgesetzes auf Basis der Entwicklung der Verbundsteuern der Fall wäre. Die 13 Kommunen im Kreis Wesel erhalten Gesamtzweisungen in Höhe von 248,5 Millionen Euro. Das sind 11,7 Millionen Euro mehr als 2020 und rund 44 Millionen Euro mehr als unter Rot-Grün 2017. Diese Entscheidung zum GfG 2021 zeigt, wie kontinuierlich und verlässlich die NRW-Koalition die nordrhein-westfälischen Kommunen unterstützt und ihre Versprechen umsetzt.

Mit Hamminkeln, Hünxe und Sonsbeck erhalten drei Kommunen aus dem Kreis Wesel im kommenden Jahr etwas geringere Gesamtzweisungen als in diesem Jahr. Das liegt unter anderem an der Systematik des Gemeindefinanzierungsgesetzes, das auch vor dem Hintergrund zu erwartender Steuereinnahmen berücksichtigen muss, welche Kommune finanziell mehr und welche in einem Jahr einmal nicht ganz so stark unterstützt werden kann. Nichtsdestotrotz bleiben die Zu-

weisungen auch für diese drei Kommunen insbesondere im Vergleich mit der Gemeindefinanzierung der rot-grünen Vorgängerregierung auf hohem Niveau – wir als NRW-Koalition halten unser Versprechen, den ländlichen Raum in unserem Land zu stärken. Final wird der Landtag das Gemeindefinanzierungsgesetz in den anstehenden Haushaltsberatungen verabschieden.

## Die Zahlen der Gesamtzweisungen im Überblick:

### Kreis Wesel gesamt:

2017 (Rot-Grün): 204,5 Mio Euro; 2020: 236,7 Mio Euro; 2021: 248,5 Mio Euro.

### Wahlkreis von Charlotte Quik MdL:

#### Hamminkeln:

2017 (Rot-Grün): 4,7 Mio Euro; 2018: 6,32 Mio Euro; 2019: 7,25 Mio Euro; 2020: 9,31 Mio; 2021: 8,92 Mio Euro (Steigerung der normierten Steuerkraft um 4,68 % erwartet).

**Hünxe:** 2017 (Rot-Grün): 1,5 Mio Euro; 2018: 1,79 Mio Euro; 2019: 3,5 Mio Euro; 2020: 4,25 Mio Euro; 2021: 2,28 Mio Euro (Steigerung der normierten Steuerkraft um 17,73 Prozent erwartet).

**Schermbeck:** 2017 (Rot-Grün): 3,95 Mio Euro; 2020: 4,90 Mio Euro; 2021: 5,15 Mio Euro.

**Voerde:** 2017 (Rot-Grün): 19,10 Mio Euro; 2020: 22,32 Mio Euro; 2021: 23,54 Mio Euro.

**Wesel:** 2017 (Rot-Grün): 33,03 Mio Euro; 2020: 33,32 Mio Euro, 2021: 36,51 Mio Euro.

## Folgende Gesamtzweisungen erhalten die weiteren Kommunen im Kreis Wesel:

**Alpen:** 2017 (Rot-Grün): 1,05 Mio Euro; 2020: 1,44 Mio Euro; 2021: 1,51 Mio Euro.

**Dinslaken:** 2017 (Rot-Grün): 33,59 Mio Euro; 2020: 40,62 Mio Euro; 2021: 41,89 Mio Euro.

**Kamp-Lintfort:** 2017 (Rot-Grün): 28,94 Mio Euro; 2020: 27,62 Mio Euro; 2021: 29,93 Mio Euro.

**Moers:** 2017 (Rot-Grün): 58,80 Mio Euro; 2020: 68,78 Mio Euro; 2021: 73,24 Mio Euro.

#### Neukirchen-Vluyn:

2017 (Rot-Grün): 9,13 Mio Euro; 2020: 10,69; 2021: 11,96 Mio Euro.

#### Rheinberg:

2017 (Rot-Grün): 2,26 Mio Euro; 2020: 2,95 Mio Euro; 2021: 3,13 Mio Euro.

**Sonsbeck:** 2017 (Rot-Grün): 1,22 Mio Euro; 2020: 1,51 Mio Euro; 2021: 1,39 Mio Euro (Steigerung der normierten Steuerkraft um 4,21 Prozent erwartet).

**Xanten:** 2017 (Rot-Grün): 7,21 Mio Euro; 2020: 8,88 Mio Euro; 2021: 9,06 Mio Euro.

## Der Landeshaushalt für 2021: Verlässlich mit starken Perspektiven in der Krise und für die Zukunft

Der nordrhein-westfälische Landtag wird in der kommenden Woche in zweiter Lesung den Haushalt 2021 beraten. Dieser hat ein Volumen von mehr als 84 Milliarden Euro und kommt ohne neue Schulden aus – trotz der aktuellen Krisenlage. Mehr für die Sicherheit, mehr für Kinder und Familien, mehr für den Radverkehr, mehr für die Wohnraumförderung – der NRW-Haushalt 2021 hat tatsächlich erheblichen Mehr-Wert. Wir schaffen als Parlament in wackeligen Zeiten eine stabile Grundlage für unser Land. Mit den Mitteln des Kinderbildungsgesetzes erbringen wir eine Rekordleistung für die frühkindliche Bildung in Kitas sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Und: Auch bei den Plätzen im Offenen Ganztags geht der Ausbau rasant voran. Einen Rekord gibt es auch bei der Polizei: 2760 neue Kommissaranwärterinnen und -anwärter gehen 2021 an den Start – mehr als je zuvor. Wir investieren in die Verkehrswende und geben so viel Geld für den Radverkehr aus wie keine andere Landesregierung zuvor. Die Mittel für Energie und Klimaschutz werden im kommenden Jahr sogar versechsfacht im Vergleich zur rot-grünen Vorgängerregierung. Wir verstehen uns insbesondere als Koalition für die Schwächeren in unserem Land – die öffentliche Wohnraumförderung ist mit 1,1 Milliarden Euro prall gefüllt, die Mittel fürs Wohngeld stocken wir um satte 106 Millionen Euro auf. Und wir tragen unserem Anspruch Rechnung, die kommunalfreundlichste NRW-Regierung überhaupt zu sein: Mit 13,6 Milliarden Euro Zu-



NRW Finanzminister Lutz Lienenkämper (Bild: Ministerium der Finanzen des Landes NRW)

weisungen aus der Gemeindefinanzierung sind unsere Städte und Landkreise bestens gerüstet für das neue Jahr.

### Hier die Eckdaten des Haushalts im Überblick:

#### **Familie/Kinder/Kinderschutz:**

Das neue Kinderbildungsgesetz (Kibiz) wird wirksam – das bedeutet: jährlich 1,3 Milliarden Euro zusätzlich im Kinderbetreuungssystem. Für mehr Qualität kommen 437 Millionen Euro, für den Platzausbau 115 Millionen Euro hinzu. Der Kinder- und Jugendförderplan steigt um 3,5 Millionen auf 129 Millionen Euro. Die Mitte. Für den Kinderschutz steigen erneut um 2,7 Millionen

auf 7,5 Millionen Euro.

#### **Innere Sicherheit und Justiz:**

Mit 2760 Stellen für Kommissaranwärterinnen und -anwärtern ist ein Höchststand erreicht. Hinzu kommen zur Entlastung der Kriminalistinnen und Kriminalisten 500 zusätzliche Stellen für Tarifbeschäftigte. Für die Bekämpfung von Kindesmissbrauch und Cybercrime kommen 105 neue Polizeistellen hinzu, der Staatsschutz erhält im Kampf gegen Extremismus und Terrorismus 80 neue Stellen. Auch in der Justiz wird aufgestockt: Im Kampf gegen Kindesmissbrauch/Kinderpornografie, Rechtsextremismus und für Cum-Ex-Verfahren kommen 332 Stellen für die Gerichtsbarkeit hinzu.



**Schule und Bildung:**

2021 werden 2750 neue Stellen für Lehrerinnen und Lehrer eingerichtet. 25.000 Plätze im Offenen Ganztage kommen hinzu – mehr als 350.000 sind es dann insgesamt. Fast 570 neue Stellen für Schulverwaltungsassistenten entlasten die Lehrkräfte an Grundschulen und Berufskollegs. Auch die Zahl der Schulpsychologen wird erhöht.

**Digitalisierung:**

Im Rahmen der Kofinanzierung der Gigabitförderung des Bundes zahlt Nordrhein-Westfalen 191 Millionen Euro. In eine beschleunigte Digitalisierung der Landesverwaltung fließen 118 Millionen Euro zusätzlich.

**Landwirtschaft:**

Die heimischen Landwirte, die Arbeit der Landwirtschaftskammer sowie der Ökolandbau werden verstärkt gefördert.

**Verbraucherschutz:**

Die Förderung für die Verbraucherzentrale steigt um mehr als vier Millionen auf jetzt über 21 Millionen Euro.

**Verkehr:** Für Rad- und Fußverkehr sind 54 Millionen Euro und somit 15 Millionen Euro mehr als im laufenden Jahr vorgesehen. Zusätzlich werden rund 35 Millionen Euro für Investitionen in Landesstraßen und Radwege an Landesstraßen zur Verfügung gestellt. Für die Sanierung von Landesstraßen steht die Rekordsumme von 205 Millionen Euro zur Verfügung.

**Klimaschutz:**

Für Energie und Klimaschutz steht mit 171 Millionen Euro (2020: 164,5 Millionen; 2017: 29 Millionen) deutlich mehr Geld zur Verfügung – zusammen mit dem Geld aus dem NRW-Konjunkturpaket I sind es sogar 310 Millionen Euro.

**Bauen/Wohnen/Heimat:**

Die öffentliche Wohnraumförderung hat ein Gesamtvolumen von 1,1 Milliarden Euro, das Wohngeld wird um 106 Millionen Euro aufgestockt. Das Heimatförderprogramm ist eine echte Erfolgsgeschichte und wird fortgeführt, bis 2022 stehen 150 Millionen Euro zur Verfügung.

**Gesundheit:**

Die Landarztquote ist ein wichtiges Instrument für flächendeckende medizinische Versorgung: 319 Studienplätze gibt es inzwischen, das Land stellt 2,5 Millionen Euro zur Verfügung. Eine effiziente Krankenhausplanung wird erarbeitet – insgesamt stehen für die Krankenhausversorgung im Haushalt 767 Millionen Euro zur Verfügung. Es werden 25 Kinderschutzambulanzen sowie das Kompetenzzentrum Kinderschutz NRW gefördert.

**Wissenschaft und Forschung:** Die Universitätsmedizin wird mit rund 94 Millionen Euro gestärkt – unter anderem baut Nordrhein-Westfalen in Ostwestfalen-Lippe eine komplett neue Uniklinik auf. Die Bewerbung des Forschungszentrums Jülich als Standort für einen geplanten EU-Höchstleistungsrechner wird mit 125 Millionen Euro unterstützt.

**Sportförderung:**

Das Land Nordrhein-Westfalen stellt im Haushalt 2021 für die Sportförderung rund 12 Millionen Euro mehr zur Verfügung als in 2020, insbesondere zur Durchführung sportlicher Großveranstaltungen. Das Förderprogramm „Moderne Sportstätten“ geht ins zweite Jahr, erneut mit 100 Millionen Euro (insgesamt 300 Millionen Euro).

**Kultur:**

Mit mehr als 289 Millionen Euro ist es erneut der höchste Haushalt seit Gründung des Landes NRW – seit 2018 ist diese Summe um 80 Millionen Euro gewachsen.

**Frauen/Gleichstellung:**

Die veranschlagten Ausgaben für den Schutz und die Hilfe für von gewaltbetroffener Frauen wird im Jahr 2021 um 5,75 Millionen Euro auf mehr als 30 Millionen Euro angehoben (Vorjahr: rund 24 Millionen Euro). Auch die Mittel zur Unterstützung von durch Gewalt betroffene Männer wachsen – um 500.000 auf nunmehr 700.000 Euro.

**Flüchtlinge:**

Für die Kommunen gibt es Hilfe bei den Kosten für die Aufnahme von geflüchteten Menschen: Die Landeszuweisungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) steigen um 110 Millionen auf 657 Millionen Euro.

**Gemeindefinanzierung:**

Nach der üblichen Berechnungsgrundlage von Steuereinnahmen stünde den Kommunen 2021 fast eine Milliarde Euro weniger zur Verfügung – diese Summe wird den Gemeinden und Gemeindeverbänden über den NRW-Rettungsschirm kreditiert. Insgesamt 13,6 Milliarden Euro erhalten die Kommunen im kommenden Jahr insgesamt.

## Novemberhilfe für Unternehmen: Ein unbürokratisches und schnelles Programm mit großen Summen

Die pandemische Lage war und bleibt ernst – dem haben die 16 Länderchefs und die Bundeskanzlerin mit einem klaren Votum für drastische Maßnahmen Rechnung getragen. Es war diesmal aber auch allen klar: Wenn ganze Branchen noch einmal heruntergefahren werden, muss es sofort ein Hilfsprogramm geben – unbürokratisch, schnell, mit großen Summen. Nordrhein-Westfalen hat sich dafür mit Nachdruck eingesetzt, die NRW-Koalition aus CDU und FDP war unermüdlich in Gesprächen mit Branchenvertretern und wir haben ständig über unsere Fraktionen sowie die Ministerien Vorschläge an Berlin weitergegeben. Und wir waren nicht allein: Diese Novemberhilfe ist eine starke Leistung aller Länderchefs für die heimische Wirtschaft.

Eine flexible Vergleichsbasis für Solo-Selbstständige mit schwankendem Umsatz, Hilfe auch für Unternehmen, die mittelbar von den jetzt geschlossenen Branchen abhängen, keine Verrechnung mit Umsatz aus dem Außer-Haus-Verkauf von Gastronomen, unkomplizierte Beantragung ohne Steuerberater – das nimmt die Forderungen aus der Wirtschaft auf und ist ein großer politischer Wurf. Die Novemberhilfe zeigt: Politik hört zu, Politik kann schnell und wirksam helfen. Nun müssen wir auch den Blick nach vorn richten und den hart getroffenen Branchen beim Hochfahren helfen – zum Beispiel mit unserem millionenschweren NRW-Programm für die Digitalisierung des Einzel-



*NRW Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart (Bild: MWIDE NRW/ F. Wiedemeier)*

handels. Und: Wir müssen noch weiter in die Zukunft schauen und uns fragen, was wir aus dieser Krise lernen und wie wir uns besser für künftige Wirtschaftskrisen dieser Art wappnen.

Grundsicherung, Kurzarbeit, Insolvenzrecht – das Flickwerk für kleine Unternehmer und Start-ups genügt nicht unserem Anspruch an

soziale Absicherung von Selbständigen und ihren Familien. Auch hier werden wir uns beim Bund für pragmatische Lösungen einsetzen. In der Krise müssen wir helfen, aber nach der Krise müssen wir Strukturen anpassen.

## Wasserwirtschaft in Nordrhein-Westfalen neu denken: Vorrang für Trinkwasser – Rohstoffgewinnung nur mit Augenmaß

Sachverständige haben sich zum Entwurf für ein „Gesetz zur Änderung des Landeswasserrechts“ geäußert, das die Landesregierung Ende August in den Landtag eingebracht hat. Warum die Änderungen im Wasserrecht gut und notwendig sind und was Experten in der Anhörung im Umweltausschuss meinten, darüber möchte ich einen kurzen Überblick geben.

Die SPD konnte es gar nicht abwarten und hat ihre Interpretation der Anhörung schon vorab verschickt. Das ist nicht nur dem Parlament gegenüber unangemessen und voreilig, vieles ist in der Sache zudem falsch. Durch die Novellierung des Gesetzes profitiert vor allem der Verbraucher, denn Trinkwasser als Lebensmittel Nummer 1 muss besonders geschützt werden. Dafür hat die Landesregierung für Notzeiten einen Vorrang der öffentlichen Trinkwasserversorgung in das Gesetz eingefügt. Das begrüßen wir ausdrücklich. Dies gibt es in anderen Bundesländern in dieser klaren Form bislang nicht.

Das Gesetz synchronisiert in erster Linie das Landesgesetz in NRW mit den Regelungen des Wasserhaushaltsgesetzes des Bundes.

Das betrifft unter anderem die Regelungen zu Gewässerrandstreifen, Vorkaufsrechten, der Entfristung von Genehmigungen und den Berichtspflichten. Wir wollen mit der Gesetzesnovelle beste Ergebnisse für den Gewässerschutz im Einklang mit bundes-



einheitlichen Regelungen und möglichst begrenztem Aufwand erzielen. So ist beispielsweise das Düngerecht als das Fachrecht für die Düngung der richtige Ort für Vorgaben für die Düngung zum Schutz der Gewässer und Natur. Damit wird nicht die Bedeutung eines Streifens am Gewässer verkannt, der Raum für typgerechte Flora und Fauna bietet. Zum Schutz der Oberflächengewässer fordern wir, den kooperativen Wasserschutz zu verstärken – auch im Hinblick auf die noch viel zu zögerlich voranschreitende Umsetzung der Renaturierung der Gewässer.

Einen weiteren Kritikpunkt können wir ebenfalls entkräften, wie es auch von den Sachverständigen in der Anhörung gewünscht wurde: Die Ermöglichung der Bodenschatzgewinnung soll durch eine Einzelfallprüfung genehmigt werden. Das Bodenschatzgewinnungs-

verbot wird im Gesetz aufgehoben, zeitgleich aber über eine landesweite Wasserschutzgebietsverordnung in geregelte Bahnen gelenkt und auf die äußeren Randgebiete der Schutzzonen begrenzt. Für diese zeitliche Kopplung werden wir sorgen. Der SPD-Abgeordnete für den Kreis Wesel, Rene Schneider, plant hier schon wieder eine Kampagne unter dem Titel „Finger weg von unserem Trinkwasser“ und konstruiert aus Mangel an anderen Themen wieder einen Skandal, der keiner ist. Aber wenigstens macht er diesmal nicht – wie sonst üblich – andere für sein eigenes Versagen verantwortlich, wie bei der Inneren Sicherheit im Kommunalwahlkampf, als er die schlechte Personalsituation der Polizei auch hier im Kreis Wesel anprangerte, für die er als Mitglied der regierungstragenden Fraktionen von 2012 bis 2017 mit verantwortlich war.

## Aktuelle Stunde zum Thema Schule: So viel Normalität wie nur irgend möglich

Wir haben ganz klar ein Ziel: Soviel Normalität wie möglich für unsere Schülerinnen und Schüler. Präsenzunterricht ist unbestritten die beste Form der Beschulung, weil Schule mehr ist als nur ein Lernort. Wir haben durch die Schulschließungen im Sommer gelernt, wie kostbar unsere täglich gelebte Normalität ist, ganz besonders für unsere Kinder! Die gilt es, soweit es geht, zu bewahren. Jede einzelne Woche, jeder Tag und auch jede Stunde, die wir für unsere Kinder im Präsenzunterricht stattfinden lassen können, ist der Mühe wert. Wir müssen uns in dieser Phase der Pandemie die einzelnen Schulen konkret ansehen und individuell entscheiden, ob man den Präsenzunterricht für eine bestimmte Zeit zum Schutz der Kinder in ein Schichtmodell umwandeln oder gar aussetzen muss. Den Schulleitern vor Ort wird hier die größtmögliche Entscheidungskompetenz zuge-

billigt. Diese individuelle Betrachtung von Schule zu Schule ist für uns elementar wichtig. Die Opposition möchte ein flächendeckendes Distanzmodell, das bedeuten würde, dass ein Teil der Schüler immer Zuhause ist. Wie Eltern diese Betreuung leisten sollen, dazu lassen SPD und Grüne jegliche Idee vermissen. Auch

dazu, was das Lernen auf Distanz für die späteren Prüfungen der Schüler bedeuten würde. Stattdessen kritisiert die Opposition an der Idee von lediglich um zwei Tage verlängerten Weihnachtsferien, dies sei eine Belastung für Eltern. Und das, obwohl eine Notbetreuung garantiert werden wird.



## Pandemie statt James Bond – das hätten viele Kinos nicht überlebt

Mit einem Kino-Stabilisierungsprogramm fängt die NRW-Landesregierung die massiven finanziellen Ausfälle der Kinos ab. Das hat der Haushalts- und Finanzausschuss beschlossen. 15 Millionen Euro werden zur Rettung unserer Kinos im Land bereitgestellt. Die Gelder können nun von den etwa 230 antragsberechtigten

Kinos rasch abgerufen werden. Nach den langen coronabedingten Schließungen im Frühjahr und einer insgesamt starken Zurückhaltung bei den Gästen auch in den Sommermonaten konnten die Kinos bislang kaum Eintrittskarten verkaufen. Außerdem haben die Filmemacher viele Blockbuster auf unbestimmte Zeit verschoben. Und die Einschränkungen für November treffen erneut leider auch die Kinos. Ein Jahr mit Pandemie statt James

Bond – das hätte viele Kinobetreiber an den Rand der Wirtschaftlichkeit gebracht. Das NRW-Kinostabilisierungsprogramm springt jetzt unbürokratisch und schlagkräftig ein, um Liquiditätsengpässe und existenzbedrohende Wirtschaftslagen zu vermeiden. Kinos sind ein wichtiger Teil unserer Kultur, daher freue ich mich über diese wichtige Wertschätzung der NRW-Landesregierung für die großen, aber auch die vielen kleinen Kinos im Land.

## Landtagsabgeordnete, Landesregierung und Landwirte aus dem Kreis Wesel und vom Niederrhein diskutieren per Videokonferenz – „Borchert-Papier“ als Top-Tagesordnungspunkt

Die Vorschläge sind ein starkes Stück Zukunft für die Nutztierhaltung, für mehr Tierwohl und mehr Umweltschutz und bieten die große Chance auf einen gesellschaftlichen Konsens über die landwirtschaftliche Tierhaltung: Die Rede ist vom „Borchert-Papier“. Es trägt den Namen des ehemaligen CDU-Bundeslandwirtschaftsministers Jochen Borchert, der die Strategie mit einer Kommission erarbeitet hat. Vernetzt wurden hier Entscheidungsträger und Fachleute aus Politik, Wissenschaft, Praxis, Wirtschaft sowie Verbänden sowohl aus dem Bereich der Landwirte als auch aus dem Umweltschutz. Aufgabe des Gremiums war es unter anderem, die aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen aus allen Bereichen der Nutztierhaltung zu analysieren und Lösungswege für den Umbau der Nutztierhaltung zu erarbeiten, die ein Mehr an Tierwohl, Umweltschutz und Wirtschaftlichkeit für Bauern und Verbraucher vereinen. Zustande kam dieses digitale Treffen auf meine Initiative. Coronabedingt musste ein geplanter Besuch von Landwirten aus dem Kreis Wesel von der Vereinigung „Land schafft Verbindung“ im Landtag abgesagt werden. So trafen sich die Landwirtinnen und Landwirte aus dem Kreis

Wesel und vom Niederrhein, organisiert von Kreistagsmitglied Arnd Cappell-Höpken aus Dreenack, Staatssekretär Dr. Heinrich Bottermann aus dem NRW-Umweltministerium, Bianca Winkel-



mann, Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz und ich kurzerhand „digital“.

Zur Umsetzung des Borchert-Papiers sind Gesetzesänderungen nötig. Vorgeschlagen wird eine Verbrauchssteuer auf tierische Produkte. „Idealerweise sollten diese Rahmenbedingungen 20 Jahre laufen, damit unserer Berufs-

stand sicher planen kann“, erklärt Arnd Cappell-Höpken, selbst Landwirt. Jetzt hoffen wir, dass die Vorschläge zügig geprüft und umgesetzt werden und die Landwirte, die auch in der Coronakrise Garant für eine sichere Versorgung sind und uns satt machen, so Planungssicherheit bekommen. Die Borchert-Kommission hat ein vernünftiges, realisierbares und



für alle bezahlbares Konzept vorgelegt. Damit erreichen wir am schnellsten und am konsequentesten Fortschritte beim Tierwohl und stärken gleichzeitig die wirtschaftliche Existenzfähigkeit unserer Tierhalter.

Die Landtagsabgeordnete Bianca Winkelmann und ich zollten den Landwirten Wertschätzung und wir sicherten darüber hinaus weitere Unterstützung auf Landesebene zu bei Themen wie Düngeverordnung und Nutztierstrategie. Über zwei Stunden dauerte der Austausch. Ich freue mich, dass auch viele junge Landwirtinnen und Landwirte an dem Format teilgenommen haben und so einen guten Austausch zwischen Vertretern der Politik und der Praxis ermöglicht haben. Wir werden diesen Gesprächsfaden auch künftig weiterführen.

### Hintergrund: Das Borchert-Papier

Das „Borchert-Papier“ umfasst 19 Seiten und steht offiziell unter der Überschrift „Empfehlungen des Kompetenznetzwerks Nutztierhaltung“. Formuliert werden darin Ziele bis 2040. Im kommenden Jahr raten die Experten zur Einführung einer freiwilligen, staatlichen Tierwohlkennzeichnung auch für Geflügel, Verarbeitungseier, Rindfleisch und Milch. 2025 soll diese dann auf EU-Ebene verpflichtend sein. Durch Förderpolitik und Bewerbung von Tierwohlkennzeichnung soll es dann stufenweise bis 2040 gesetzliche Mindeststandards für die Nutztierhaltung auf hohem Niveau geben.

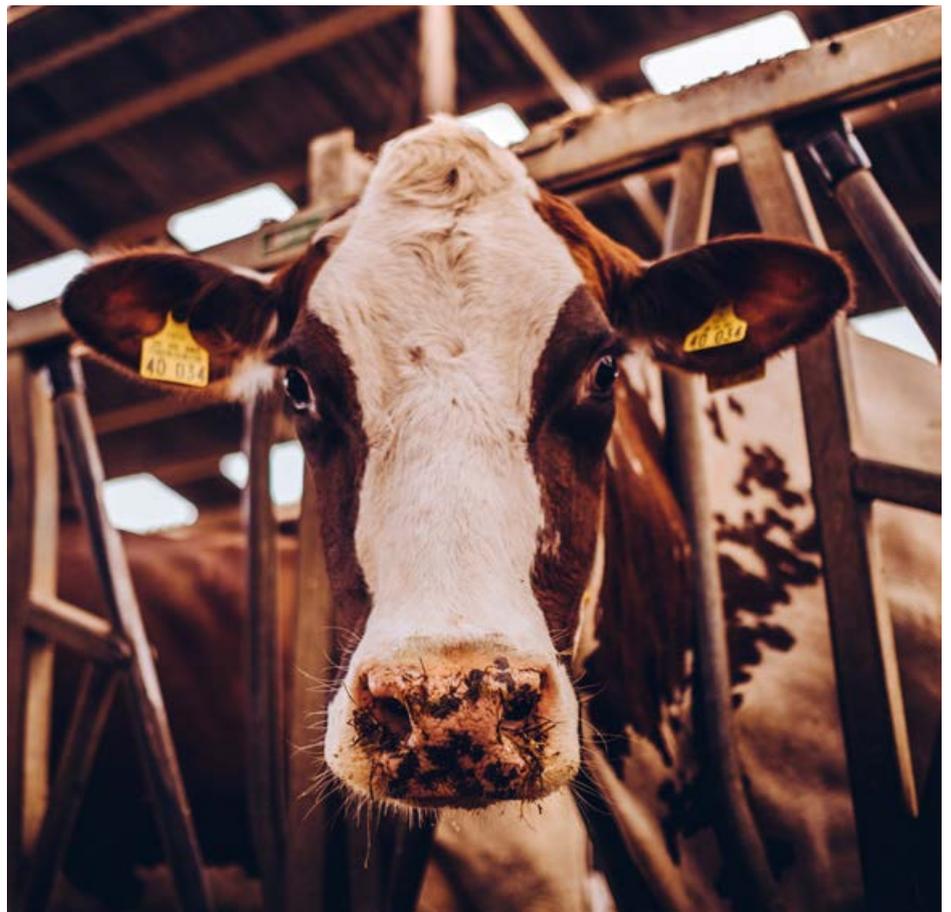
Für die Umsetzung dieser Ziele schlagen die Experten Prämien und Investitionsförderungen für die Erzeuger auf der einen Seite sowie maßvolle Steuererhöhungen auf tierische Produkte sowie

eine Tierwohlabgabe der Verbraucher vor. Das Kompetenznetzwerk schätzt den Förderbedarf für alle Tierarten jährlich ab 2025 auf 1,2 Milliarden Euro, ab 2030 jährlich auch 2,4 Milliarden Euro und ab 2040 jährlich auf 3,6 Milliarden Euro. Dieser soll zum einen aus Steuermitteln und EU-Zuweisungen, zum anderen durch die verteuerten Produkte finanziert werden. Niedrige Einkommen sollen finanziell unterstützt werden.

Eine Verbrauchssteuer zum Tierwohl würde möglicherweise bedeuten: 40 Cent mehr pro

Kilo Fleisch, 2 Cent pro Kilogramm Milch und Frischmilchprodukte sowie Eier und 15 Cent pro Kilogramm Käse, Butter und Milchpulver. Wie erwähnt soll diese „mengenbezogene Abgabe“ sozialpolitisch flankiert werden.

Am Ende des Prozesses würden Nutztierhalter eine gesellschaftlich gewünschte Leistung bereitstellen – ein hohes Tierwohl -, und erhalten als Gegenleistung sowohl eine finanzielle Honorierung als auch eine bessere Wertschätzung.



## AM REDNERPULT

### Plenarrede im Landtag

Ernster Blick bei einem ernsten Thema: Für die CDU-Landtagsfraktion NRW habe ich im Plenum zur Initiative „Trauma Verschickungskind. Verschickt, um gesund zu werden – Demütigung und Gewalt gegen Kinder in Kinderheilanstalten“ gesprochen. Die nordrhein-westfälische Landesregierung und wir als NRW-Koalition unterstützen ausdrücklich den Wunsch der ehemaligen „Verschickungskinder“ nach Aufarbeitung der damaligen Vorkommnisse und setzen und daher für eine bundesweite Aufklärung der Geschehnisse ein.

Die komplette Rede finden Sie, findet Ihr auf meiner Homepage.



[WWW.CHARLOTTE-QUIK.DE](http://WWW.CHARLOTTE-QUIK.DE)

## QUIK UNTERWEGS



Im Kurhaus Bad Hamm war ich zu Gast bei Gerne – anders. Als stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend des Landtags NRW durfte ich ein Grußwort zum Fachtag „Jugend, Sexualität und Trans\*Wege“ halten. Es ist unsere Aufgabe als Politik, insbesondere auch LSBT\*!-Jugendliche dabei zu unterstützen. Das habe ich gerne mit meinem Kollegen Jens Kamieth MdL getan.



Generationswechsel bei der MIT Dinslaken/Voerde: Nach Jahren erfolgreichen Einsatzes für Wirtschaft und Mittelstand bei uns im Kreis Wesel hat Dr. Hans-Rudolf Jüring des Staffelstab an Timo Juchem weitergereicht, der den Vorsitz bis zur nächsten Mitgliederversammlung kommissarisch ausüben wird. Hauptrednerin des Abends war Sabine Weiss.



Auf dem 73. Kreisparteitag der CDU Kreis Wesel habe ich mich sehr über meine Wahl zur stellvertretenden Vorsitzenden gefreut. Herzliche Glückwünsche an unsere Kreisvorsitzende Sabine Weiss und das neue Vorstandsteam.



Wenn der letzte JU-Landesvorsitzende, in dessen Landesvorstand Du mitarbeiten durftest, den Staffelstab übergibt, dann macht das wohl deutlich: Man wird älter. Herzlichen Dank, lieber Flo Braun, für Deinen großartigen Einsatz für unsere Junge Union NRW – schön, dass wir in der CDU-Landtagsfraktion NRW weiter zusammenarbeiten können.

## QUIK UNTERWEGS



Ein ganz besonderer Verein bei uns im Kreis Wesel ist der Rheinisch Westfälischer Schleppjagdverein e.V. mit Sitz aus Haus Schwarzenstein in Hünxe, der sich dem Jagdreiten verschrieben hat und viel Wert auf die Jugendarbeit legt. Dort durfte ich auf Einladung von Reinhard Buchmann bei der Hundearbeit mitreiten. Das waren großartige anderthalb Stunden auf einem tollen Pferd in einem traumhaften Gelände. Ganz herzlichen Dank dafür.



### IMPRESSUM

V.i.S.d.P.

Charlotte Quik MdL  
 Platz des Landtags 1  
 40221 Düsseldorf

### Kontakt

Landtagsbüro: 0211/ 884 4365  
 Wiss. Mitarbeiter Lukas Schulte  
[lukas.schulte@landtag.nrw.de](mailto:lukas.schulte@landtag.nrw.de)

Wahlkreisbüro: 0281/ 4757 2835  
 CDU-Kreisgeschäftsstelle  
 Van-Gent-Straße 3  
 46483 Wesel  
 Wiss. Mitarbeiter Elmar Venohr  
[elmar.venohr@landtag.nrw.de](mailto:elmar.venohr@landtag.nrw.de)